

Bündnissolidarität für die Türkei? Türkische Politik in der Syrienkrise und der Beistand der NATO

Scheffler, Alessandro

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scheffler, A. (2013). Bündnissolidarität für die Türkei? Türkische Politik in der Syrienkrise und der Beistand der NATO. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 62(1), 31-38. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96358-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Bündnissolidarität für die Türkei?

Türkische Politik in der Syrienkrise und der Beistand der NATO

Alessandro Scheffler



Alessandro Scheffler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Akademischer Koordinator des M.A. International Security Studies – Programms an der Universität der Bundeswehr München und dem George C. Marshall European Center for Security Studies.

1. Einführung

Am 14.12.2012 hat der Deutsche Bundestag die Entsendung zweier Staffeln des Luftabwehrraketensystems „Patriot“ PAC-3 in die Türkei beschlossen. Auf Grundlage des Beschlusses des Nordatlantikrates (NAC) – des höchsten Entscheidungsgremiums der NATO – leistet Deutschland somit seinen Beitrag „zum Schutz der Bevölkerung und des Territoriums der Türkei“ im Rahmen der integrierten NATO-Luftverteidigung. Vorrausgegangen war dieser Entscheidung ein Hilfeersuchen der Türkei, die bereits nach dem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeuges am 26. Juni sowie dem Beschuss eines türkischen Grenzdorfes am 03. Oktober Beratungen unter Art. IV des Nordatlantikvertrags abhalten ließ.

Die rasche Entscheidung des Bundestages gerade einmal 11 Tage nach Beschluss der Nordatlantikrates zeigt, dass auf politischer Ebene die Bündnissolidarität – d.h. das Entstehen für die Sicherheit unserer NATO-Partner – durchaus gegeben ist: Innerhalb kürzester Zeit erklärten sich alle im Bundestag vertretenen Fraktionen – mit

Ausnahme der Fraktion *Die Linke* – bereit, den Antrag zumindest zu prüfen. Während, wie in späteren Stellungnahmen und im letztendlich beschlossenen Bundestagsmandat deutlich wird, durchaus ernsthafte Bedenken bezüglich der exakten Ausgestaltung des Einsatzes bestanden, stellte selbst *Die Linke* die grundsätzliche Bereitschaft zu auch militärisch ausgedrückter Bündnissolidarität nicht in Frage.

Diesem – zumindest aus atlantischer Perspektive – positivem Faktum muss aber eine weitere Realität entgegengestellt werden: Wie hoch die Zustimmung zu einem Einsatz unter klaren Rahmenbedingungen im politischen Berlin auch gewesen sein mag, die Bevölkerung ist ganz klar gegen einen Einsatz. In Umfragen von Forsa und Infratest Dimap stimmten 56% bzw. 59% der Befragten gegen und 40% bzw. 36% für einen Einsatz. Als die Türkei über den November hinweg bereits informell bezüglich einer deutschen Beteiligung anfühlen ließ, meldeten viele Abgeordnete, die später zustimmten, ernsthafte Bedenken an, die durchaus mit denen vergleichbar wa-

ren, mit der *die Linke* schließlich ihre Ablehnung begründete.

Gemeinsam war dieser Argumentation die Einschätzung der Türkei als Scharfmacher in der Region. Wie im Entschließungsantrag der Fraktion *Die Linke* gegen den Einsatz formuliert, verfolge die Türkei in der Region „eigene Machtinteressen“, insbesondere mit Bezug auf die Kurdenfrage, und setze auf eine Eskalation des Konflikts, für die sie sich die Unterstützung der NATO sichern wolle. Eine Bedrohungslage für die Türkei, wie weiter geschrieben wird, „bestehe nicht“. Die Entsendung der Patriots sei somit, wie der Außenpolitiker Paul Schaefer (*Die Linke*) es formuliert, „zunächst einmal eine gefährliche Symbolhandlung, mit der auf eine gefühlte Bedrohungslage reagiert werden soll“.

Angesichts dieser Vorwürfe und ihres beachtlichen Rückhalts in der Bevölkerung wird es Ziel dieser *Aktuellen Analyse* sein, einen genaueren Blick auf die Außenpolitik der Türkei und ihre Handhabung des Syrienkonflikts zu werfen. Die Analyse wird herausstellen, dass die türkische Politik im Rahmen des Arabischen Frühlings von Zielkonflikten geprägt ist, die die Türkei eher abwartend als proaktiv auf die meisten Umstürze reagieren ließ. Die Vorwürfe neo-osmanischen Abenteuerismus sind also verfehlt. Vielmehr sind die Versuche der Türkei, den Westen zu mehr Engagement in Syrien zu bewegen ein Ausdruck ihrer Verzweiflung, die aus der Unfähigkeit zu einem eigenständigen tiefergehenden Eingreifen resultiert. Im Rahmen dieser Analyse erweist sich die Entsendung der Patriotraketen daher nicht als gefährliche Symbolhandlung, die eine Rutsche in den Konflikt darstellt, sondern als friedenssichernd, da sie Erdogan in einem schwierigen Moment symbolisch stärkt und somit vor möglichem innenpolitisch motiviertem Aktionismus bewahrt.

2. Die Außenpolitik der Türkei unter Erdogan

Die Außenpolitik der Türkei und das Konzept der Strategischen Tiefe

In den 10 Jahren Regierung von Ministerpräsident Erdogans Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei (AKP) hat das Land eine bemerkenswerte strategische Neuausrichtung erfahren, die selbst den bedeutenden innenpolitischen Veränderungen dieser Ära in nichts nachsteht. Erdogan hat es hierbei geschafft, sein Land als neue, aktive Macht in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu etablieren, während er die traditionelle Anbindung an den Westen beibehalten hat – wenn auch bewusst in loserer Form.

Basis dieser Außenpolitik ist weniger sein Denken als das seines Außenministers Ahmet Davutoğlu, eines Professors für Internationale Beziehungen. Bekannt geworden ist es durch das Konzept der „Strategischen Tiefe“, deren Erlangung oberstes Ziel türkischer Außenpolitik sein soll. Im Rahmen der veränderten Nachbarschaft soll die eigene geographische und geökonomische Schlüsselposition genutzt werden, um zu einer überregional bedeutsamen Zentralmacht aufzusteigen. Neben die Westidentität kemalistischer Tradition tritt hierbei eine neue regionale Identität als Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten, welche auch bewusst mit islamischen und historisch-ottomanischen Bezügen arbeitet. Im Gegensatz zur Politik des Kalten Krieges tut Ankara daher nun nicht mehr alles, um ja nicht in die Geschehnisse in der eigenen Region verwickelt zu werden, sondern nimmt sich als aktiver Gestalter regionaler Politik wahr. „Strategische Tiefe“ entsteht hierbei dadurch, dass die neue, multiple Identität der Türkei größeren Handlungsspielraum bietet und sie nicht mehr von

einem Bündnispartner abhängig macht. Wer hier eine Enttäuschung über die unvollendete Westanbindung, Thema EU-Beitritt, herausliest, irrt nicht.

Diese neue Außenpolitik wird in mehrerer Hinsicht zu Recht als „multidimensional“ bezeichnet: Auf wirtschaftlicher Ebene wird unter dem Prinzip der „Maximum Integration“ eine Intensivierung der Einbindung in die Region angestrebt, bei der sich die AKP besonders auf die einflussstarke neue anatolische Wirtschaftselite stützen kann. Hier hat die Türkei in den letzten Jahren entscheidende Fortschritte gemacht und den türkischen Handel mit der Region verdoppelt. Auf politischer Ebene hingegen versuchte man unter der Prämisse der sogenannten „Null-Problem-Politik“ einvernehmliche Beziehungen zu den Nachbarn zu schaffen. „Null Probleme“ bezeichnet hierbei nicht nur das Verhältnis der Türkei zu anderen Staaten, sondern die Stabilität der ganzen Region. Resultat war eine sehr aktive türkische Diplomatie in eigener Sache wie auch als Vermittler, auch und insbesondere auf höchster Ebene, durch die sich die Türkei als politischer Akteur in der Region unabdingbar zu machen suchte. Diese Multidimensionalität setzte sich auf globaler Ebene fort, wo man der traditionellen Westbindung gute Beziehungen zu anderen globalen Mächten an die Seite zu stellen versuchte.

Außenpolitik der Türkei nach dem arabischen Frühling

Der arabische Frühling ist nach dem Ende des Kalten Krieges die zweite grundlegende Veränderung des regionalen Umfelds der Türkei. Als die Rebellion begann, standen vor allem die AKP und ihre Wählerschaft einem Umbruch in der Region zu demokratischen Regierungen, egal ob moderat-islamisch oder islamistisch, positiv gegenüber. In den Umbrüchen erkannte

man auch die eigene Geschichte wieder. Die Arabellion und die starke Rolle islamisch geprägter Parteien und Organisationen wurde daher als Möglichkeit erkannt, ganz im Sinne der „Strategischen Tiefe“ auch die eigene geopolitische Schlüsselposition auszuspielen. Durch ihre geographische Brückenposition zum Westen, als von beiden Kulturen geprägter Erbe des osmanischen Reiches und als politisches Beispiel einer islamischen und doch säkularen Demokratie mit starker Anbindung an den Westen ging die Türkei davon aus, dass die Arabellion ihr einen unheimlichen Schub sogenannter „Soft Power“ verschaffen würde. Die Türkei würde so nicht nur durch ihre Rolle als Vermittler sondern viel eher durch ihre Rolle als Vorbild und Mentor für die Länder der Revolte zur zentralen Macht der Region.

Der Umbruch in der Region ließ jedoch auch Zielkonflikte zwischen den Prämissen der „Null-Problem-Politik“ und der „Soft Power“ entstehen: Während der regionalen Integration der letzten Jahre hatte die Türkei stabile und oft freundschaftliche Beziehungen zu den Regimen aufgebaut. Dies führte notwendigerweise zu einem unterschiedlichen Umgang mit den einzelnen Aufständen. In Ländern, mit denen die Türkei enge Beziehungen unterhielt, wie Tunesien oder Libyen, zögerte Erdogan sehr lange, bevor er sich auf die Seite der Revolution schlug. In Ländern, mit denen weniger Beziehungen bestanden, wie dem großen regionalen Rivalen Ägypten, schlug man sich ganz im Sinne der „Soft-Power-Prämisse“ hingegen rasch auf die Seite der Umstürzler. Festzuhalten bleibt weiterhin, dass sich das eigene Engagement während der Krise meistens auf Erklärungen beschränkte und erst nach erfolgreicher Revolution türkische Diplomaten und Geschäftsleute erfolgreich deren Früchte ernteten.

Türkische Politik in der Syrienfrage

Die türkisch-syrischen Beziehungen waren bereits seit der Endphase des osmanischen Reiches schwierig, als sich türkischer und arabischer Nationalismus im Gegensatz zueinander entwickelten. Die Entstehung zweier nationalistischer Staaten mit explizit gegeneinander gerichteten Identitäten, die gleichzeitig wichtige Bündnispartner zweier sich im Konflikt befindlicher Supermächte waren, hatte ein sehr angespanntes Verhältnis zur Folge, welches mehrmals eskalierte. Die Erdogan'sche Syrienpolitik markierte einen krassen Gegensatz hierzu und war, im Rahmen der beschriebenen „Null-Problem-Politik“ vielmehr mit einer starken Annäherung an Syrien verbunden. Erdogan versöhnte die Türkei mit Syrien, handelte Visa-freiheit und eine Freihandelszone aus und selbst gemeinsame Kabinettsitzungen wurden abgehalten – nachdem Syrien erst 1998 nur durch direkte Kriegsdrohung zur Ausweisung des PKK-Führers Öcalan gezwungen werden konnte! Viele sprachen mit Bezug auf die Beziehung zwischen dem jungen Assad und Erdogan sogar von einer „onkelhaften“ Beziehung, in der Onkel Erdogan den jungen Machthaber in Damaskus unter seine Fittiche nahm.

Entsprechend befürwortete Erdogan nach Ausbruch der Aufstände noch in keinster Weise einen Regime-wechsel. Im Zielkonflikt zwischen Interesse an Stabilität in Syrien und dem Erhalt seiner Beziehungen auf der einen Seite und dem grundsätzlichen Wohlwollen gegenüber der Opposition unter der „Soft-Power-Prämisse“ auf der anderen Seite machte er es sich nun zur persönlichen Aufgabe, politische Reformen durchzusetzen und die Assad-Regierung durch Öffnung vorm Sturz zu bewahren. Dies führte zu einem für türkische Vermittlungsdiplomatie recht typischen Resultat: Nach

völliger Überschätzung der Möglichkeiten eigenen Einwirkens reagierte die Regierung auf das Scheitern trotzig und mit kompletten Bruch der Beziehungen. Ein gewisses Maß persönlichen Zorns darf Erdogan hier durchaus unterstellt werden, der sich von Assad schlicht über den Tisch gezogen sah. Ähnliches war u.a. den Israelis passiert, nachdem Präsident Olmert Erdogan nicht über den Beginn der Gaza-Offensive informiert hatte, obwohl dieser gerade intensiv zwischen Israel und Syrien schlichtete. Ganz unabhängig von persönlichen Motiven stellte das Scheitern der Vermittlungsgespräche und die zunehmende Einsicht, dass Assad sich nicht ändern würde, die Türkei aber vor eine Wahl: Entweder Assad oder aber die Revolution zu unterstützen. Erst hier kommt dann der machtpolitische Anspruch der Türkei ins Spiel: Gemäß ihrer Selbstdarstellung als Vorbild für die Demokratien des arabischen Frühlings blieb der Türkei nichts anderes übrig, als sich von nun an auf die „richtige Seite“ der Geschichte zu stellen, um ihren Einfluss unter den anderen, erfolgreichen Protestbewegungen nicht zu verlieren. Im Rahmen ihrer Zielsetzungen prioritierte die Türkei hierbei also den Erhalt ihrer „Soft-Power“ und opferte dafür die guten Beziehungen zum Assad-Regime.

Wie eingangs erwähnt war in der deutschen Debatte häufig davon die Rede, die Türkei plane aus machtpolitischem Interesse einen Umsturz in Syrien. Erdogan wolle die Arabellion dafür nutzen, wahlweise einfach nur zum regionalen Hegemon aufzusteigen oder gar einen sunnitischen Bogen im Nahen Osten zu schaffen, den eine sunnitisch-islamistisch orientierte Türkei dann dominieren würde, ganz im Sinne eines neuen Kalifats. Entsprechend mische sie sich in den syrischen Konflikt ein, um den schiitischen Diktator Assad zu stürzen und mit einer AKP-treuen sunnitischen Regierung zu er-

setzen. Wie aus der obigen Schilderung der türkischen Politik deutlich wird, wandte sich Erdogan aber keineswegs plötzlich gegen den ehemaligen Verbündeten in Syrien, sondern vielmehr erst nach einem langen Prozess, der mit ständigen (wie bei Erdogan üblich, auch persönlichen) Versuchen des Einwirkens auf Assad verbunden war. Erst nachdem all diese Versuche scheiterten – und die Türkei zur Meinung gelangte, die Opposition werde siegen – wandte sie sich von Assad ab und begann, aktiv auf seinen Sturz zu hinzuwirken. Während der Anspruch der Türkei auf eine Vorreiterrolle in der Region also sicher eine entscheidende Rolle spielt, beachtet diese Erklärung nicht den schmerzhaften Weg der Türkei in der Krise.

Die Kurdenproblematik und die Syrienfrage

Ein weiterer oft zitierter Grund für die türkische Einmischung in den syrischen Konflikt ist der Wunsch, die Entstehung einer weiteren autonomen kurdischen Region zu verhindern. Die türkische Regierung unterstütze demnach sunnitische Extremisten unter den Revolutionären, welche mit der Miliz der PYD, der kurdischen Partei der Demokratischen Union, um die Vorherrschaft um das türkisch-syrische Grenzgebiet ringen. Auch hier ist wieder durchaus Wahres dran, die Realität jedoch komplexer.

Auch im Falle der Kurdenpolitik kam es unter Erdogan nämlich zu einem Kurswechsel. In kemalistischer Ära gab es auf die türkische Frage nur zwei Antworten: Assimilation oder Sezession. Dies führte zunächst zu einer kurdischen Protestbewegung und als Folge zu einem sehr militarisierten „Security First“-Ansatz, welcher über die letzten Jahrzehnten auf beiden Seiten mehr als 40.000 Tote forderte. Mit der Machtübernahme Erdogans kam es daher zur Hoffnung, dass die Ideologie

der AKP es ihr ermöglichen würde, vom strengen türkisch-nationalistischen Diskurs abzuweichen und die Kurden als eigene Gruppe in die mehr islamisch-multikulturelle Staatsvision der AKP zu integrieren. In der Tat kam es während seiner Amtszeit zu zwei Runden der Liberalisierung der Kurdenpolitik, die im Verbindung mit der Entstehung weitgehend kurdisch verwalteter Provinzen in Irak und nun Syrien aber den Erwartungsdruck von Seiten der Kurden erhöhte. Innerhalb der letzten Monate ist der Konflikt mit der PKK im Osten der Türkei schliesslich wieder eskaliert, was zu einem Rückfall der Türkei in alte Muster militärischer Antworten auf dieses politische Problem geführt hat. Grund für die kurdische Revolte war aber nicht Syrien, sondern der Versuch Erdogans, kurdisch-nationalistische Kräfte bei den Parlamentswahlen auszubooten und mit kleineren Zugeständnissen die Stimmen konservativer Kurden zu gewinnen, sowie Geheimgespräche mit der PKK um eine Waffenniederlegung zu führen.

Orientiert sich die türkische Syrienpolitik also hauptsächlich an der kurdischen Frage? Die Antwort lautet: Noch nicht. Wäre die Kurdenproblematik tatsächlich die Hauptmotivation gewesen, hätte sich die Türkei zu Anfang schneller für eine Konfliktpartei entschieden. Die kurdische Dimension der Syrienfrage ist für Türkei vielmehr erst dann zum Problem geworden, als die Offensive der Opposition ins Stocken geriet, und daher nicht das Motiv für das türkische Engagement. Mittlerweile entwickelt sich die Lage aber klar gegen türkische Interessen, da ein vom Bürgerkrieg zersplittertes oder föderatives Syrien zwangsweise zur Entstehung einer weiteren kurdischen Autonomie führen würde. Unglücklicherweise birgt diese Entwicklung die Gefahr, dass die sogenannte „PKK-Brille“ wieder zum bestimmenden Faktor der türkischen Politik wird. Das

Scheitern einer Einigung mit der PKK und die Eskalation der Gewalt hat Erdogan innenpolitisch verwundbar gemacht, sodass er zunehmend Härte zeigen muss, um Kemalisten und Rechts-extremen keine offene Flanke für den Wahlkampf um die bevorstehende Verfassungsänderung zu bieten. Politische Schützenhilfe für Erdogan wie die Entsendung der Patriots, die ihn sicherheitspolitisch stark aussehen lässt, ist daher gerade in der Kurdenfrage eher friedensstiftend als friedensgefährdend.

3. Patriots als Belohnung für Zurückhaltung

Die vorangegangene Analyse hat aufgezeigt, dass die türkische Außenpolitik im Allgemeinen und in der Syrienfrage eine Strategie verfolgt, welche zu schwierigen Zielkonflikten geführt hat. Einerseits hat die Türkei hierbei ihr Ziel erreicht: Sie wird heute als einflussreiche Macht gesehen, deren Staatskonzept von den neuen Regierungen in Tunis, Tripolis und Kairo zumindest als Model anerkannt wird. Mit diesen Regierungen ist die Türkei gut gestellt und hat wirtschaftliche Verknüpfungen von den alten Regimes hinüberretten und sogar verstärken können. Dies kam jedoch zu einem hohen Preis: Vielerorts macht heute der Witz die Runde, die Türkei habe „Null Probleme mit den Nachbarn“ angestrebt und „Null Nachbarn ohne Probleme“ erreicht: Die Beziehungen mit der syrischen Regierung stehen kurz vor der Eskalation. Über die Syrienfrage hat man sich schwerstens mit den Assad-treuen Russland und Iran überworfen, obwohl die energiearme türkische Wirtschaft zwingend von beiden Ländern abhängig ist. Durch den neuen Antagonismus mit Israel hat man seine Rolle als Vermittler im Nahost-Konflikt an den alten Rivalen Ägypten verloren, dessen Präsident

Mursi dank seiner Beendigung des letzten Gazakonflikts nun der neue diesbezügliche Partner der USA ist. Entgegen anfänglicher Bemühungen ist die Türkei durch Syrien nun auch noch Partei im Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten geworden, obwohl sich Erdogan beispielsweise ebenfalls auf die Seite der schiitischen Aufständischen in Bahrain schlug, die von den gemeinsamen Truppen des sunnitischen Gulf Cooperation Councils niedergewalzt wurden. In Syrien befindet sich Erdogan nun mit ebendiesen Ländern (u.a. Saudi-Arabien und Katar) auf einer Seite gegen die schiitische Regierung Assad und den schiitischen Iran. Dieser bedankt sich hierfür mit einer Verschlechterung der türkischen Beziehungen zum iranisch dominierten Irak.

Die ungelöste Syrienkrise hat die Türkei also in eine schwierige Lage manövriert, aus der sie sich selbst nicht mehr befreien kann. Die einzige Lösung wäre ein schneller Sieg der syrischen Rebellen. Ohne direkte Hilfe gegen den vom Iran unterstützten Assad ist die syrische Opposition hierzu aber wohl – auch aufgrund der eigenen Uneinigkeit – nicht in der Lage. Die Türkei hat daher bereits seit ihrer endgültigen Festlegung auf die Opposition versucht, den Westen und speziell die USA mehr in diesen Konflikt einzubinden, in dem sie sich vom Westen, der die syrische Opposition ja offiziell auch unterstützt, alleine gelassen fühlt.

Der wichtigste Grund, wieso Erdogan aber nicht unilateral Schritte gegen Syrien unternimmt ist aber eigentlich der fehlende Rückhalt in seiner eigenen Bevölkerung: Kurz vor seinen umstrittenen innenpolitischen Reformen kann er es sich nicht leisten, die eigenen Wähler gegen sich aufzubringen. In diesem Kontext ist die Entsendung ein politisches Entgegenkommen der NATO gegenüber Erdogan: Sie ermöglicht es ihm, der ja 2010 gegen seine Berater und die öffentliche Meinung

die Stationierung eines Frühwarnsystems im Rahmen der Raketenabwehr der NATO durchsetzte, zu zeigen, dass der Westen weiterhin an seiner Seite steht. Gleichzeitig kann er sich aber vor den Hardlinern absichern, indem er die Schuld für die Passivität zumindest teilweise an den zögerlichen Westen delegieren kann.

Vor diesem Hintergrund ist das Hilfeersuchen um die Entsendung der Patriot-Staffeln in die Türkei daher auch kein kriegslüsterner Versuch, den Westen in diesen Konflikt zu verwickeln, sondern vor allem symbolisch zu betrachten: Sie sind in gewisser Weise auch das türkische Eingeständnis, dass sich der Westen nicht in den Konflikt hineinziehen lässt. Deutlich wird dies durch das Zugeständnis der Türkei, in ihrem Hilfeersuchen die Errichtung der vieldiskutierten Flugverbotszone explizit auszuschließen.

Letztendlich lässt sich schlussfolgern, dass die Türkei sich im Taumel der Arabellion einfach selbst überschätzt hat: Während sie sich selbst zur regionalen Supermacht und „Speerspitze“ des Wandels in der Region erklärt hat, ist sie weder unilateral zur Durchsetzung der eigenen Interessen fähig, noch in der Lage die eigenen Bündnispartner hierzu einzuspannen. In den anderen Revolten hatte sie auf Basis der Arbeit anderer die Früchte des Sieges kassiert. Nun, da die Amerikaner und Europäer sich weigern eine Führungsrolle zu übernehmen, ist die Türkei für eine solche noch nicht reif.

4. Ausblick

Diese Aktuelle Analyse hat gezeigt, dass die verbreiteten Vorurteile über die Leit motive türkischer Politik in der Syrienkrise nur bedingt zutreffen. Während machtpolitische Interessen und natürlich die Kurdenfrage durchaus eine Rolle spielen, kann man der Regierung keine abenteuerlustige Poli-

tik in Syrien bescheinigen. Von den Geschehnissen in ihrem Nachbarland getrieben hat sie sich nach langen Vermittlungsversuchen und unter Zielkonflikten auf die Seite derer geschlagen, denen sie letztendlich den Sieg zutraut. In ihrer Ambition und Rhetorik wurde die Regierung aber gleichzeitig von der Realität eingeholt, als sie feststellen musste, dass sie ihre Interessen in der Region nicht alleine durchsetzen kann.

Die NATO hat mit der Entsendung der Patriot-Staffeln die richtige Entscheidung getroffen. Europa und Amerika haben den Türken klargemacht, dass sie sich nicht in diesen Konflikt verwickeln lassen wollen. Gleichzeitig haben sie aber auch klargemacht, dass die Sicherheit der Türkei weiterhin von der Allianz garantiert wird. In diesem Sinne ist die Entsendung als politisches Zeichen im wahrsten Sinne des Wortes friedenssichernd, da sie Erdogan von der Verantwortung entbindet, weitere Maßnahmen gegen Syrien zu ergreifen.

Die Türkei hat durch die multipolarere Welt die Möglichkeit erhalten in einer neuen Region als Akteur tätig zu werden und diese Chance ergriffen. Wie so oft hat der Mittlere Osten aber die Angewohnheit, Länder in die unheimlich komplizierte Gemengelage vor Ort „hineinzuziehen“ und Parteinahme in seinen zahlreichen Konflikten zu erzwingen. Mit der beschriebenen Neuorientierung der türkischen Außenpolitik werden Interessenkonflikte zwischen der Türkei und dem Rest der NATO daher zunehmen. Wie sich die gemeinsamen Beziehungen entwickeln, wird in entscheidender Weise dadurch entschieden, wie man es mit der Bündnissolidarität hält.

Die Situation der Türkei zeigt aber auch emblematisch, was passiert wenn sich der Westen und insbesondere die USA aus Krisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft heraushalten. Als dynamische, westlich angebundene Republik hat die Türkei auf längere Sicht

wirklich das Potential, den Rückzug der Amerikaner aus der Region in einem gewissen Maße aufzufangen. In der augenblicklichen Krise benötigt sie aber noch unsere zumindest diplomatische Führung.

Literaturempfehlungen

Bank, André: Die Türkei und die Arabische Revolte: Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?, GIGAFocus Nahost, Nr.

9/2011, Leibniz Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA), (Hamburg: 2011).

Rill, Bernd (Hrsg.): Türkische Außenpolitik, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 80, Hanns-Seidel-Stiftung (München: 2012).

Seufert, Guenther: Außenpolitik und Selbstverständnis: Die gesellschaftliche Fundierung von Strategiewechseln in der Türkei, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin: 2012).